

sogenannte Sicherheitslücken mit überwachungsbedürftigen Lebensbereichen gleichgesetzt würden. „Wer jede Kommunikation zwischen Menschen, jede Lebensäußerung überwachen und registrieren will, um mögliche Straftaten bereits weit im Vorfeld vereiteln zu können, greift den Kerngehalt der Grundrechte an“ sagte Martin Kutscha, Staatsrechtslehrer und Mitherausgeber des Grundrechte-Reports.

In über 40 Einzelbeiträgen geht der Grundrechte-Report auf die Situation der Grundrechte in Deutschland ein. Es geht dabei um Fälle, bei denen die Würde des Menschen berührt ist, wie beim Umgang mit polizeilicher Gewaltandrohung beim Fall Daschner und bei den Folgen des Hartz-IV-Urteils für Asylsuchende; Fälle, bei denen die freie Entfaltung der Persönlichkeit gefährdet ist wie bei Bespitzelung „linker“ Gruppen, bei der Überwachung von Sportanhängern, und bei der Datenerfassung durch Vorratsdatenspeicherung, Zensus und SWIFT; Fälle, bei denen Leben und körperliche Unversehrtheit in Frage stehen, wie beim Bombeneinsatz in Kunduz und dem darauf folgenden Umgang damit, bei Suiziden in Abschiebehaf, und bei Abschiebungen trotz Krankheit. Es geht um die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubensfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung. Und so werden – immer entlang der Grundrechtspargraphen des Grundgesetzes – die Fälle behandelt, bei denen im vergangenen Jahr Grundrechte gefährdet waren.

Positiv vermelden die Herausgeber dabei, dass der Schutz der Grundrechte heute vermehrt auch von europäischen und internationalen Normen und Institutionen ausgeht. So war es beispielsweise der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, der im vergangenen Jahr (erneut) die Bundesrepublik Deutschland wegen des laxen Umgangs mit dem absoluten Folterverbot – im Fall Daschner – rügte.

Einleitend zu dem Band stellt Martin Kutscha fest: „Der Schutz der Verfassung und ihrer Grundrechte ist Aufgabe der demokratisch und rechtsstaatlich engagierten Bürgerinnen und Bürger selbst.“ Damit gilt unverändert die Erkenntnis, die bereits in der Einleitung des ersten Grundrechte-Reports 1997 formuliert wurde. Dem ist nur noch der inzwischen sehr strapazierte, gleichwohl immer noch gültige Satz hinzuzufügen, der Benjamin Franklin zugeschrieben wird: „Der Mensch, der bereit ist, seine Freiheit aufzugeben, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren“ – das Motto, dem die Herausgeber den Grundrechte-Report unterstellen.

Der Grundrechte-Report ist ein gemeinsames Projekt der *Humanistischen Union*, des *Komitees für Grundrechte und Demokratie*, des *Bundesarbeitskreises Kritischer Juragruppen*, von *PRO ASYL*, des *Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins*, der *Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen*, der *Internationalen Liga für Menschenrechte* und der *Neuen Richtervereinigung*.

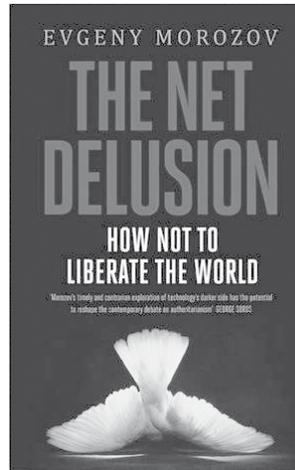
Till Müller-Heidelberg, Ulrich Finckh, Elke Steven, Marei Pelzer, Martin Heimig, Martin Kutscha, Rolf Gössner, Ulrich Engelfried und Pascal Hase (Hg.): Grundrechtebericht 2011 – Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuchverlag, Preis €9,99, ISBN 978-3-596-19171-0

Weitere Quelle: Gemeinsame Pressemitteilung der Herausgeber anlässlich der Vorstellung des Grundrechte-Reports, Berlin/Karlsruhe, 23. Mai 2011

Dietrich Meyer-Ebrecht

Evgeny Morozov: „The Net Delusion“

Über den Mythos der Globalisierung von Freiheit und Demokratie durch das Internet



Cyber-Utopisten nennt Evgeny Morozov die Internet-Apologeten mit ihren Verheißungen, das Internet brächte allen Menschen Freiheit und Demokratie. Internet-Zentristen nennt er Politiker, die die Parole unreflektiert in Politik umsetzen. In einer umfassenden und detaillierten Analyse „The Net Delusion“ zerstört Morozov diesen Mythos. An vielen Beispielen der jüngsten politischen Ereignisse argumentiert er, dass die Informationstechnologie nicht nur dabei versagt habe, zur Demokratisierung dieser Welt beizutragen. Sie trage sogar wesentlich dazu bei, autoritäre, nicht-demokratische Systeme zu stabilisieren und ihre Bürger weiter in Unfreiheit zu halten.

Wenn die Medien die Protestaktionen nach den Wahlen 2009 im Iran (aus denen am Ende dann doch keine Revolution wurde ...) als „Twitter-Revolution“ betiteln, sind selbst die Skeptiker der Neuen Medien zu einer Relativierung ihrer Kritik bereit. Politische Protestbewegungen haben, so schrieb *Kullenberg* bereits in der *FfF-Kommunikation 1/2009*, mit den neuen Kommunikationstechnologien eine neue Qualität gewonnen. Blogs erreichen mit Informationen über gesellschaftliche und politische Missstände eine breite Öffentlichkeit. Soziale Netze führen Menschen mit korrespondierenden politischen Ambitionen über alle Grenzen zusammen. Textnachrichtendienste wie *Twitter* streuen Aufrufe zu Protestversammlungen blitzschnell. Die Menschen auf der Straße bleiben mit ihren Mobiltelefonen Teil des Netzwerks der Protestierenden. Berichtet die Presse über politische Unruhen, fehlen selten euphorische Kommentare über die Rolle der digitalen Medien am Zustandekommen von Protestaktionen. So hat schließlich auch die Politik die Botschaft der Globalisierung von Freiheit und Demokratie durch die digitalen Medien bereitwillig aufgegriffen, insbesondere die US-amerikanische: Anfang 2010 kürte *Hillary Clinton* vor Politikern und Journalisten in Washington in ihrer viel beachteten Rede „Internet Freedom“ die *digitale Mission* zur neuen Priorität der amerikanischen Außenpolitik. Beifall zollten ihr nicht nur die Demokraten. Mit Metaphern wie dem Einreißen der *virtual walls* und *information curtains* wurde in republikanischen Kreisen das Kalte-Kriegs-Vokabular wieder entdeckt.

Allein, es ist ein Mythos, dass die digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien wirkungsvolle Werkzeuge für die Verbreitung freiheitlicher Staatsformen, für die Transformation autoritärer Staaten in Demokratien seien. Und gründlich zerstört Evgeny Morozov diesen Mythos in *The Internet Delusion*, Untertitel *How Not to Liberate the World*. Den Nutzen der Neuen Medien, regimekritische Information zu verbreiten, Aktivis-

ten zusammenzuführen und Aktionen zu koordinieren, will er ganz sicher nicht in Frage stellen. Naiv sei jedoch, wer glaube, dass sich nur Regimekritiker und Dissidenten die grenzenlosen Kommunikationsmöglichkeiten zu eigen machen. Naiv sei, wer übersähe, dass autoritäre Regime schnell und nachhaltig nachgezogen haben und die neuen Medien und Technologien dazu verwenden, regimekritische Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, zu bekämpfen und ihre Protagonisten auszuschalten. Nur, im Gegensatz zu den politischen Bloggern und Tweepetern, arbeiten sie weit professioneller und sind technisch erheblich besser ausgerüstet. Spezielle Polizeieinheiten werden geschaffen, so die *Internet-Polizei* im Iran oder die Organisation der *Internet-Wächter* in China. 30.000 Beamte durchsuchen dort Tag und Nacht das Internet nach ‚unpassenden‘ Inhalten, fahnden nach ihren Autoren, sperren den Zugang, verschleiern die darin verbreiteten Informationen durch gezielte Desinformation. Systemhörige Internetnutzer werden zum Aufspüren regimekritischer Internetseiten aufgefordert – in der (scheinbaren) Anonymität des Internet lässt es sich unauffällig denunzieren! –, für systemkonforme Blogeinträge werden kleine Belohnungen ausgeteilt. Willige Mitläufer werden zu einem Heer nützlicher Helfer: *Crowdsourcing* heißt auch hier die neue Devise.

Überwachung, Propaganda und Zensur – die drei informationellen Säulen autoritärer Regime. Alle drei profitieren von den Fortschritten und der globalen Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien. Welch eine Vielfalt subtiler Ausspähungsmethoden haben sie uns eingebracht! Vergessen ist das zeitraubende Abhören von Telefongesprächen, das aufwändige Verwanzen von Wohnungen und Büros von Aktivisten, die den Sicherheitsbehörden ins Visier gerieten. Statt dessen werden Emails und SMS nach Verdachtsmustern gefiltert, wird virtuell in private Computer eingebrochen, werden Bewegungsprofile analysiert, werden Kommunikationsmuster korreliert. War der Ausgangspunkt vormals der Verdacht gegen eine Person, die es der vermuteten regimeschädlichen Aktivität zu überführen galt, so werden heute – viel effizienter! – schon ohne Anfangsverdacht Internet- und Mobilfunk-Datenströme nach Inhalten gefiltert (*deep packet inspection*) und Websites durchsiebt, um Anzeichen regimekritischen Verhaltens aufzuspüren und die dahinter stehenden Akteure zu ermitteln.

Welche digitalen Spuren sie hinterlassen, ist leider nur wenigen der Aktivisten und Dissidenten, die mit Internet und Mobilfunk Verbindung untereinander halten und ihre Aktionen organisieren, bewusst. Und wenn sie sich dessen bewusst sind, fehlen ihnen oft die technischen Erfahrungen und Mittel, sich effektiv zu schützen. Zunutze machen sie sich die wunderbaren Möglichkeiten der Sozialen Netze, sehr schnell sehr viele Menschen zu erreichen, ohne zu ahnen, dass diese Einrichtungen geradezu eine Fundgrube für Ausspäher sind. Morozov berichtet, wie die Iranische Internet-Polizei die Identität von Dissidenten aus den Facebook-Profilen ihrer Korrespondenzpartner im Westen ermittelt. Oder er beschreibt, wie sich die Identität der Inhaber anonymisierter Mail-Adressen aus Verknüpfungen entschlüsseln lässt, wenn sie gleichzeitig auf mehreren Plattformen eingeschrieben sind. Im Untergrund war es einst die Regel, den Kreis der Kontaktpersonen auf das absolute Minimum zu beschränken – aus gutem Grund. Der gehackte Zugang zu einem Facebook-Konto legt dagegen das komplette Netzwerk einer konspirativen Gruppe offen. Sympathisanten und unbeteiligte

Freunde geraten gleich mit unter Verdacht. Sehe ich dann im Fernsehen die entschlossenen Gesichter der Demonstrierenden, denke ich unwillkürlich an die neueste Facebook-Offerte, Gesichtern auf Fotos Personen zuzuordnen.

Eine ambivalente Haltung nehmen die Regierungen unserer westlichen Staaten ein. Von autoritär regierten Staaten fordern sie *Internet-Freedom* ein – sie propagieren die uneingeschränkte Offenheit des Internets, kritisieren Zensur und prangern die Verfolgung regimekritischer Blogger an. Im eigenen Lande aber möchten sie gerne alles unter Kontrolle haben, Verbindungsdaten speichern, Mail-Verschlüsselung verhindern, den Zugang zu Websites sperren dürfen (noch sind die Ziele Kinderpornographie und rechtsradikale Propaganda ...), den Zugang zu privaten Computern erzwingen können. Begründet wird dies bei uns mit dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus und gegen das organisierte Verbrechen. Wie leicht die Grenzen verschwimmen, schreibt der Philosoph *Günther Anders* bereits 1956: „Wo Abhörgeräte mit Selbstverständlichkeit verwendet werden, da ist die Hauptvoraussetzung für den Totalitarismus geschaffen; und damit dieser selbst. Ob sich nämlich Staat A der Geräte bedient, weil er totalitär ist, oder ob ein Staat B deshalb totalitär wird, weil er sich der Geräte bedient, das macht keinen Unterschied aus.“ – Hoch aktuell noch nach 55 Jahren!

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle der IT-Unternehmen. Noch wird der Markt der Internet-Schlüsseltechnologien und –dienstleistungen von US-amerikanischen Unternehmen beherrscht – Microsoft, Cisco, Google, YouTube ... –, eine der letzten Bastionen der US-Industrie. Könnte Clintons *Internet-Freedom-Initiative* vielleicht auch den (Neben-) Zweck verfolgen, ihrer Industrie noch ein wenig Rückhalt zu geben? Derzeit üben sich die Unternehmen in dem Spagat, den Vorgaben der heimischen Sicherheitspolitik zu genügen und dabei nicht den Fuß aus den boomenden Märkten nichtdemokratischer Staaten (Beispiel China) ziehen zu müssen. Da wird schon mal, wenn es opportun ist, die Identität eines chinesischen Dissidenten preisgegeben, der sein Email-Konto bei Yahoo hat. Oder an autoritäre Regime wird – wenn es dem *shareholder value* nützt – die für ihr repressives Vorgehen benötigte Technologie verkauft. So soll beispielsweise Nokia-Siemens Überwachungssoftware an die Iraner geliefert haben.² Dem Netzwerkhändler wird vorgeworfen, dem iranischen Provider TCI die Technologie für *deep packet inspection* verkauft zu haben, das Werkzeug für eine effektive Zensur und Überwachung im Internet. Siehe dazu auch die Meldungen vom 7.3.2011 und 27.4.2011 im Ereignislog auf Seite 24 dieses Heftes. Nun ja, auch auf unserer demokratischen Hemisphäre sind den Industrieunternehmen demokratische Spielregeln wohl eher fremd. Es müsste deshalb schon ein international kohärenter Druck von Kunden und Käufern ausgehen, um die Aktionäre zu überzeugen, dass der Gewinn nicht ohne Rücksicht auf eine verantwortliche weltpolitische Entwicklung maximiert werden darf. So aber kann sich die Industrie nur dankbar als Feigenblatt des Mythos bedienen, die Informationstechnologien brächten der Welt Freiheit und Demokratie.

Nun mag man trotz allem einwenden, dass die jüngsten politischen Aufbegehren nach Freiheit und Demokratie allem Anschein nach in nicht unerheblichem Maße durch politische Blogger angestoßen, durch Internetaufrufe vorbereitet und durch

die sozialen Netze organisatorisch unterstützt werden. Die eigentliche Herausforderung wartet jedoch danach: die Reform des autoritären Systems in eine funktionierende Demokratie. Dass auch bei diesem Prozess das Internet mit politischer und gesellschaftlicher Aufklärung eine ausschlaggebende Rolle spielen kann, ist ebenfalls unbestritten. Jedoch Vorsicht, mahnt Morozov: Auch extremistische, rechtsradikale, fundamentalreligiöse Gruppierungen machen sich das Internet als Plattform zunutze, um ihre Vereinigungen auszubauen und für ihre oft zweifelhaften Ziele zu werben. Mit dem Zitat von McLuhans Statement, die Installation des Naziregimes sei wesentlich den zu damaliger Zeit neuen Technologien Radio und Elektroakustik – für die Beschallung von Großveranstaltungen – zu verdanken gewesen, weist er darauf hin, wie wirkungsvoll innenpolitische Entwicklungen durch effiziente Propagandamedien beeinflusst werden können.

Wichtig sei, so Morozovs Schlussfolgerung, dass die Politik auch die Gefahren und Probleme der Neuen Medien im Auge hat und politische Wege findet, die Demokratie hier und anderswo zu fördern, ohne in die beschriebenen Fallen zu laufen. Wichtig sei ebenso, dass wir nicht unser eigenes freiheitliches und demokratisches System durch Missbrauch und schädigende Nutzung der Neuen Medien aufs Spiel setzen. Allerdings bedinge dies, dass sich die *polycymakers* von dem gefährlichen Glauben lösten, gesellschaftliche Probleme ließen sich durch technische Maßnahmen, den *technological fix*, beheben. Setzt an den Ursachen an, holt euch Kenner der gesellschaftlichen und politischen Situation, statt den Rattenfängerflöten der Cyber-Utopisten zu folgen, ist am Ende sein Plädoyer.

Liest man Morozovs 400 Seiten starke Kritik an dem irreführenden Mythos der Freiheit und Demokratie verheißenden Neuen Medien, ist man zunächst geneigt, hinter dem Autor den Skep-

tiker und Kritiker aus vordigitalen Zeiten zu suchen. Umso mehr erstaunt es, in ihm – altersmäßig – den Vertreter der mit dem Internet aufgewachsenen Generation zu finden. Geboren 1984 in Weißrussland hat sich Morozov in seiner Heimat bereits als politischer Blogger kritisch eingemischt. Und von der Wirkungslosigkeit der Internetaktivisten frustrieren lassen. Mit einem Forschungsstipendium der Open Society Foundation gelang ihm der Sprung in die USA, wo er zur Zeit als Gastwissenschaftler an der Stanford University arbeitet und dieses Buch kurz vor Beginn der Revolten in den Arabischen Ländern fertig gestellt hat.

Vor diesem Hintergrund überzeugt Morozovs Kritik um so mehr, und sie liest sich spannend und informativ bis zur letzten Seite. Obwohl in lockerem journalistischen Stil verfasst, bleibt der Text durchweg sachlich und differenziert. Dass der Stoff sorgfältig recherchiert ist, beweist der Quellenteil, der allein 80 Seiten umfasst. Erschienen erst im Januar diesen Jahres, zählt diese Schrift bereits zu den am häufigsten zum Thema Internet und Demokratie zitierten. Zu hoffen ist, dass eine deutsche Übersetzung nicht lange auf sich warten lässt.

Evgeny Morozov (2011): *The Net Delusion. How Not to Liberate the World*. Allen Lane (Penguin Group), London 2011, 408 Seiten, ISBN 978-1-846-14353-3, £ 14,99

Anmerkungen

- 1 Zitiert aus: Günter Anders, „Die Antiquiertheit des Privaten“, Beck 1956, München
- 2 Christopher Rhoads, Loretta Chao, „Iran's Web Spying Aided By Western Technology“, *The Wall Street Journal*, 22.06.2009